

2.4 Ohnmacht gegenüber einer verzerrenden Öffentlichkeit. Ungleiche Artikulationschancen als Achillesferse deliberativer Demokratie

Politische Ohnmacht, so zeigt der Blick auf deliberative Demokratietheorien, beginnt jedoch nicht erst im Moment von Wahlentscheidungen und der politischen Repräsentation gesellschaftlicher Forderungen. Bereits im Prozess der Artikulation von Forderungen wird die Möglichkeit einer gleichberechtigten politischen Teilhabe kontinuierlich durch bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse unterlaufen. Ob Menschen Forderungen artikulieren und mit ihnen in der Öffentlichkeit Gehör finden können, hängt von ihrer jeweiligen Position innerhalb sozialer Ungleichheitsbeziehungen ab. Diese vierte Erscheinungsform von Ohnmacht in der Demokratie lässt sich als *Ohnmacht gegenüber einer verzerrenden Öffentlichkeit* fassen. Der zu ihr komplementäre Regierungsmodus ist eine demokratische Deliberation, die bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausblendet und darüber die Zugangsbarrieren und stratifizierten Teilhabechancen der Öffentlichkeit unsichtbar macht. Die vermeintlich neutralen und vernünftigen Ergebnisse zivilgesellschaftlicher Deliberation kaschieren dadurch – solange bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht explizit sichtbar gemacht werden – in einer von Ungleichheit durchzogenen Gesellschaft Interessenskonflikte und ungleiche Artikulationsmöglichkeiten. In der Folge tendieren sie dazu, eher den Konsens für bestehende Formen der Herrschaft zu sichern, als diese in Frage zu stellen. Die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit bildet daher nur begrenzt ein Gegengewicht zu gesellschaftlicher Ungleichheit (Fraser 1990: 62).

Deliberative Konzeptionen von Demokratie betonen gegenüber autoritär-populistischen, staatstragenden, aber auch individualistischen liberalen Verständnissen von Volksherrschaft die Notwendigkeit kontinuierlicher kollektiver Verständigungsprozesse. Demokratie erscheint nicht länger primär als »eine Angelegenheit der Einrichtung rechtsförmiger Prozeduren« (Mouffe 2015: 76). Die zukunfts-offenen »öffentlichen Debatten und die symbolische Praxis der Bürger und ihrer Assoziationen erweisen sich [...] als die unhintergehbaren und unverfügbaren Legitimitätsgrundlagen der Macht« (Rödel et al. 1990: 106). Die Basis von Demokratie ist in diesem Verständnis »das Erfordernis fortwährenden Handelns, die permanente Veränderung vorgefundener Manifestationen von Staatlichkeit« (Richter 2015: 211). Der *demos* geht nicht zur Wahl und dann »nach Hause« und überlässt die politische Arbeit den gewählten Vertreter*innen (Davidson 2015: 19). Er bleibt vielmehr kontinuierlich politisch aktiviert. Demokratie basiert auf »eine[r] lebendige[n] Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess [...]: »Wer Demokratie sagt, meint Partizipation« (Böhnke 2011: 18).

Die Subjekte des *demos* sollen von passiven Zuschauer*innen zu verantwortungsbewussten Bürger*innen werden, die bereit und in der Lage sind, ihre Interessen zu vertreten und Konflikte diskursiv auszutragen (Fenichel Pitkin und Shumer 1982: 48). Demokratie weist damit über ein arithmetisches Modell – das individuelle Präferenzen mathematisch aggregiert – hinaus. Sie umfasst die kollektive Aushandlung von Interessen, die Verständigung über politische Ziele und die Transformation privater Sorgen in politische Probleme (Biesta 2011: 147). Leitbild deliberativer Demokratie ist die Figur des »engagierten Bürgers«, der ehrenamtlich aktiv ist, sich um die Belange seiner Mitmenschen kümmert, Kontakt zu Politikern aufnimmt und wenn notwendig auch auf die Straße geht, um gegen vermeintliche Ungerechtigkeiten zu demonstrieren« (Bödeker 2012: 12-13). Diversität und andauernder Konflikt werden dadurch zu konstitutiven Momenten des demokratischen Prozesses (Fenichel Pitkin und Shumer 1982: 48). Zentrum des demokratischen Prozesses ist in deliberativen Ansätzen »eine allseits zugängliche, kritische und lebhaftige Öffentlichkeit, über die das Gemeinwohl maßgeblich definiert und die politischen Entscheidungsträger in den Regierungen und Parlamenten zugleich kontrolliert werden« (Bieling 2015: 66). Demokratie kann nach diesem Verständnis nur gelingen, »wenn für alle gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit gegeben ist, ihre Interessen im öffentlichen Konflikt zu artikulieren und auf diese Weise den politischen Disput als Lebenselixier der Demokratie zu pflegen« (ebd.).

Grundprinzip der demokratischen Deliberation ist es, dass es keine letztinstanzlichen Wahrheiten darüber gibt, was gut für die Gesellschaft ist und dass politische Ziele nur durch kollektive Deliberation und Konfliktaushandlung bestimmt werden können (Beetham 1992: 42; Dörre 2019: 25). Da der *Willen des Volkes* durch die ihm zugrundeliegenden konkurrierenden Interessenlagen und Identitäten, die zudem einem kontinuierlichen Wandel ausgesetzt sind, nicht letztinstanzlich fixiert werden kann und sich einer einheitlichen Repräsentation entzieht, so die Grundidee dieser Konzeption von Demokratie, bleibt seine institutionelle Fixierung und politische Repräsentation stets prekär und unabgeschlossen. Demokratie wird dadurch zu einem zukunfts offenen und riskanten Projekt einer »unablässigen, unabschließbaren und unkalkulierbaren Selbstbestimmung des Volkes« (Richter 2015: 211). Demokratie enthält ein expansives Moment (Sauer 2019: 59) und wird zu einer die Gesellschaft in Richtung politischer Gleichheit transformierenden Aktivität (Sauer 2019: 62; Bieling und Huke 2021). Sie »zeigt sich sodann weniger als eine statische Konvention über Formen und Möglichkeiten der politischen Teilnahme bzw. Teilhabe als vielmehr in dynamischen Prozessen, welche darauf ausgerichtet sind, die eigenen Geschicke in eigener Verantwortung wahrzunehmen« (Eigenmann und Studer 2015: 87). Demokratie bezeichnet damit in einem »umfassenden Sinne die Selbstregierung der Bürgerinnen und Bürger und zielt auf die Kontrolle und den

Abbau von Herrschaft« (Lösch 2013: 125; vgl. auch Fenichel Pitkin und Shumer 1982: 34).

Gegen die vermachteten bestehenden institutionalisierten Prozeduren der Demokratie – die, wie in den vorangegangenen Abschnitten skizziert wurde, systematisch Ohnmachtserfahrungen (re-)produzieren – wird in deliberativen Ansätzen die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit als vermeintlich freiheitlicheres und gleichberechtigteres Gegengewicht gestellt. Löst man Demokratie aus ihrer Verklammerung mit staatlichen Institutionen, so wird sichtbar, dass zentrale demokratische Prozesse jenseits des Staates und gegen ihn verlaufen. Sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichem Engagement kommt eine fundamentale Rolle bei der Artikulation von Konflikt, der kontinuierlichen Infragestellung des bestehenden Institutionengefüges und der Artikulation institutionell nicht repräsentierter Bedürfnisse und Forderungen zu (z. B. von Minderheiten und marginalisierten Gruppen). Die »politische[...] Praxis aktiver Minderheiten und sozialer Bewegungen [erweist sich als] ein konstitutives Element demokratisch-republikanischer Öffentlichkeit und Offenheit« (Rödel et al. 1990: 52). Demokratische Repräsentation wird dadurch zumindest partiell vom Wahlakt gelöst (Thaa 2009: 70). Soziale Bewegungen artikulieren Unzufriedenheiten mit den Institutionen liberaler Demokratie und entstehen, wenn bestimmte Interessen innerhalb der Institutionen systematisch ausgeschlossen und desartikuliert werden (Eis 2013: 57; Espinar und Abellán 2012: 145; Kitschelt 1993: 17; Pogrebinschi 2015: 129; Rancière 1999: 27; Roth 1998: 51). Sie machen pluralistische alltägliche Erfahrungen, Sorgen und Bedürfnisse sowie individuelle Lebensgeschichten sichtbar, die auf das Scheitern demokratischer Repräsentation und das nicht eingelöste Versprechen politischer Gleichheit verweisen (Bayat 2010: 13; Labrador Méndez 2012: 18). Durch kollektiven Austausch kann die soziale Bedingtheit – und politische Veränderbarkeit – persönlich und individuell scheinender Probleme erfahrbar werden (Fenichel Pitkin und Shumer 1982: 46; Fenichel Pitkin 2004: 340). Dadurch wird, wie Espinar und Abellán argumentieren, eine »Politisierung sozialer Bedürfnisse erreicht, die bislang in der Privatsphäre gelöst und verhandelt wurden« (Espinar und Abellán 2012: 147). Durch kollektive Organisierung, so zeigt die Forschung zu sozialen Bewegungen, können auch gesellschaftlich marginalisierte schwache Interessen in deliberativen Aushandlungsprozessen sichtbar werden (Fenichel Pitkin und Shumer 1982: 46). Indem sie Politik an alltägliche Probleme rückbinden und erfahrbar machen, können soziale Bewegungen zu einer lebendigen Demokratie beitragen (Bieling 2015: 66; Decker et al. 2012: 21; Galceran Huguet 2015: 2; Lefebvre 1987: 327; Lorey 2014; Richter 2015: 211; Richter und Bösch 2017: 4; Salomon 2013: 109; Tsianos und Papadopoulos 2014: 21).

Durch vielfältige Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements diversifiziert sich politische Partizipation (Ottersbach 2015: 290). In der Engagement- und Partizipationsforschung wird dabei ein Wandel seit den 1970er Jahren beobachtet, im Zuge dessen sich das »politische Aktionsrepertoire [...] enorm erweitert. [...] Mehr

Bürger/-innen beteiligen sich in vielfältigerer Weise an Entscheidungsprozessen, als dies noch in den 1950er und frühen 1960er Jahren der Fall gewesen ist« (Bödeker 2012: 5; vgl. auch Jörke 2011: 14). Eine Triebkraft dieser Entwicklung waren soziale Bewegungen (z.B. Frauenbewegung, Anti-AKW-Bewegung, Friedensbewegung, Umweltbewegung, globalisierungskritische Bewegung etc.) (Lösch 2013: 109). In der Folge entwickelt sich »ein großes Repertoire von BürgerInnenengagement [...], also von politischem Handeln jenseits des demokratisch verfassten Institutionengefüges« (Sauer 2011b: 125).⁸

Die Plausibilität des politischen Gleichheitsversprechens deliberativer und zivilgesellschaftszentrierter Ansätze wird durch alltägliche Ohnmachtserfahrungen in Frage gestellt. Aktive politische Partizipation bleibt für die Mehrheit der Bevölkerung eine punktuelle – und häufig von Frustration begleitete – Erfahrung (Fenichel Pitkin und Shumer 1982: 53; Zimmermann und Boeckh 2018: 800; Voigtländer 2015: 43). Die aktive Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen ist in hohem Maße sozial selektiv. Nur ein »gewisser Teil der Bevölkerung [ist] aktiv und tritt mit seinen Forderungen auf« (Lösch 2013: 127). Zivilgesellschaftliche Partizipation ist »in höheren gesellschaftlichen Schichten stärker ausgeprägt [...] als in unteren Schichten« (Engels 2004: 29). Selbst »an Protesten gegen das Auseinanderdriften der Schere zwischen Arm und Reich nehmen überwiegend einkommensstarke und gut ausgebildete Angehörige der Mittelschichten teil« (Ottersbach 2015: 293; vgl. auch Bödeker 2012: 38). Der »Aufstand des Publikums« ist in vielerlei Hinsicht ein Aufstand der einkommensstarken und gut gebildeten Ober- und Mittelschicht« (Bödeker 2012: 6). Der »Chor der bewegten Bürger singt die Lieder der Mittelklasse: Es beteiligen sich vorwiegend Gruppen mit guten Einkommen und hohem Bildungsniveau, während unterprivilegierte Gruppen zur Partizipationsabstinenz neigen« (Nachtwey 2016: 92). Unkonventionelle Beteiligungsformen erweisen sich dabei als noch weitaus sozial selektiver als die Wahlbeteiligung (Böhnke 2011: 19; Klatt und Walter 2014: 159). Das hängt unter anderem damit zusammen, dass Wissen und andere Ressourcen gesellschaftlich ungleich verteilt sind, die notwendig sind, um sich zivilgesellschaftlich Gehör zu verschaffen (z.B. wie eine Demonstration organisiert wird) (Ottersbach 2015: 299): »Neuere Beteiligungsformen setzen ein hohes Kompetenzniveau in Bezug auf Verhandlungsgeschick, strategisches Denken, Redegewandtheit, Selbstvertrauen voraus. Bildung bestimmt nicht

8 Gleichzeitig geht, so eine verbreitete These der Engagementforschung, in den vergangenen Jahrzehnten »der regelmäßige und langfristige Einsatz für allgemeine Belange zugunsten kurzer Engagement-Perioden zurück« (Böhnke 2011: 19; vgl. auch Klatt und Walter 2014: 35). Politische Partizipation verlagert sich »von Wahlen und Mitgliedschaften auf punktuelle und individualisierte Formen, wie z.B. Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen« (Bödeker 2012: 35-36). Insbesondere jüngere Generationen sind kaum noch kollektiv organisiert (Elsässer 2018: 14).

umsonst dominant die politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe« (Böhnke 2011: 20; vgl. auch Jörke 2011: 16). Zudem ist »Zeit für die gemeinsamen Entscheidungen zu haben, [...] eine Machtfrage« (Demirović 2014).

In der organisierten Zivilgesellschaft existiert »eine grundlegende, auf ungleicher Ressourcenverteilung basierende Asymmetrie« (Winter 1997: 540). Das liegt auch daran, dass bürgerschaftliches Engagement mit »Kosten und Folgekosten für Mitgliedschaften, Fahrten oder auch für die anschließende Geselligkeit, z.B. in Gaststätten, verbunden [ist]« (Voigtländer 2015: 39-40). In der Folge ist die Mitgliedschaft »in einer politischen Organisation [...] in hohem Maße vom Bildungsgrad und Einkommen bestimmt. Im Übrigen ist auch hier zu vermuten, dass die soziale Selektivität auf der Ebene der aktiven Mitglieder und der Organisationsleitung noch höher ist« (Bödeker 2012: 33). Die organisierte Zivilgesellschaft und ihre Öffentlichkeiten erweisen sich als elitäre Sphäre, die relevante Teile der Bevölkerung weitgehend ausschließt (Naicker und Bruchhausen 2016: 396-397): »The rich are organized and connected, the poor invariably are not« (Narayan 2000: 21). Nur relativ wenige sozial benachteiligte Menschen sind

»in Parteien, Gewerkschaften oder anderen politischen Organisationen aktiv. Nur wenige beteiligen sich an Unterschriftenaktionen oder Bürgerbegehren. Und noch weniger nahmen an Boykotten oder Internetprotesten teil. Der Großteil der Befragten gab jedoch an, regelmäßig zur Wahl zu gehen und dies auch als wichtig anzusehen [...]. Die meisten Befragten machten zudem deutlich, dass sie Politik als eine elitäre Sphäre betrachten, auf die sie selbst persönlich keinen Einfluss nehmen können.« (Bödeker 2012: 38)

Dabei ist eine kollektive Interessensartikulation, um politische Gleichheit zu verwirklichen, insbesondere dort relevant, wo sich Menschen aufgrund ihrer sozioökonomische Lebensumstände nur erschwert individuell öffentlich artikulieren können (Zimmermann und Boeckh 2018: 785). Die Problematik fehlender Kanäle politischer Interessensartikulation hat sich in den vergangenen Jahrzehnten durch die Erosion politischer Massenintegration verschärft. Traditionelle Artikulationsmöglichkeiten für eher marginalisierte Interessen wurden dadurch geschwächt oder gingen verloren. Ein Beispiel hierfür ist der Macht- und Mitgliederverlust vieler Gewerkschaften seit den 1970er Jahren (Mead 2004: 671). Gewerkschaften zogen sich in der Folge teilweise darauf zurück, Interessen von Kernbelegschaften zu vertreten, wodurch prekäre und armutsbetroffene Teile der Beschäftigten eine wichtige Stimme verloren. Ein anderes Beispiel sind Kirchen und Wohlfahrtsverbände, die als sozialanwaltschaftliche Vertretung stellvertretend Interessen marginalisierter Teile der Bevölkerung in öffentliche Aushandlungsprozesse einbrachten (Mikuszies et al. 2010: 101). Im Zuge der Ökonomisierung sozialer Arbeit wird diese sozialanwaltschaftliche Vertretung jedoch zunehmend prekär, da Verbände zu professionalisierten und de-politierten sozialen Dienstleistungsun-

nehmen werden, die nur noch begrenzt die Erfahrungen ihrer Klientel sichtbar machen (Zimmermann und Boeckh 2018: 799).

Es sind jedoch nicht nur individuelle Ressourcen, die den Zugang zur politischen Öffentlichkeit beschränken, sondern auch mit diesen verwobene Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die sich in spezifischen Ohnmachtserfahrungen niederschlagen. Der Rückzug aus der Politik lässt sich somit nicht über individualistische Deutungsmuster erklären, die ein Fehlverhalten der von Marginalisierung und Ungleichheit betroffenen Individuen nahelegen (z. B. »fatalistische Dumpfheit und Desorientierung« (Detje et al. 2011: 53)). Die spezifische Trennlinie zwischen alltäglichen Erfahrungen und politischer Öffentlichkeit verweist in hohem Maße auf gesellschaftliche Ungleichheit, die Lebenswirklichkeiten, die politisch zählen und Gehör finden, von jenen trennt, die nicht zählen oder gehört werden (Beetham 1992: 52). Gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse durchziehen auch Akte der Deliberation und bewirken, dass unterschiedliche Möglichkeiten bestehen, gehört zu werden und die eigenen Argumente vorzubringen.⁹

Die »Differenz zwischen gesellschaftlich (und politisch) *zugelassenen* und *abgedrängten* bzw. abgewerteten Wünschen und Strebungen [...] signalisiert gesellschaftliche Blockierungen; sie sind zureichend nur zu interpretieren, wenn man sie als Resultate ungleicher Artikulationschancen auffasst« (Lüdtke 1993: 47). Die Artikulation im Modus des Politischen ist voraussetzungs-voll. Legitime politische Sprechakte werden in der Regel »in Gestalt explizit politischer Denk- und Analyseprinzipien, [...] in einer abstrahierenden Sprache abseits von klassenspezifischen Alltagserfahrungen als nur von Experten zu beherrschende Diskurse zum Ausdruck gebracht« (Geiling 2013: 365). Sie stehen in einem Kontrast zum »Prinzip der auf Habitus-Dispositionen setzenden sozialen Praxis der Laien, die, weil ihnen die notwendigen Ressourcen fehlen und ihnen somit das politische Feld unzugänglich und fremd bleibt, sich notwendigerweise auf der Grundlage ihrer Alltagserfahrungen, ihres im Habitus aufgehobenen Ethos, zum Politischen verhalten müssen« (ebd.). Politisch ausformulierte Interessen, die repräsentiert und deliberativ verhandelt werden können, sind vor diesem Hintergrund durchaus voraussetzungs-voll (Elsässer 2018: 25). Sie sind in signifikanter Art und Weise abhängig von der jeweiligen sozialen Position innerhalb der Gesellschaft (z. B. Geschlecht, Ausbildungsniveau) (Bourdieu 1987: 621). Je privilegierter gesellschaftliche Grup-

9 Ein typisches Beispiel hierfür ist das Redeverhalten von Männern und Frauen: »[M]en tend to interrupt women more than women interrupt men; men also tend to speak more than women, taking more turns and longer turns; and women's interventions are more often ignored or not responded to than men's. In response to the sorts of experiences documented in this research, an important strand of feminist political theory has claimed that deliberation can serve as a mask for domination« (Fraser 1990: 63-64).

pen sind, umso konsistenter, abstrakter und damit auch erfolgreicher artikulieren sie in der Tendenz politische Interessen (Mann 1970: 432).

Für marginalisierte Bevölkerungsgruppen ist hingegen häufig ein eher diffuses politisches Bewusstsein kennzeichnend, dass teilweise bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse affirmiert (Mann 1970: 427; van der Toorn et al. 2015). Politik wird hier als etwas erlebt, das

»von ›oben‹ kommt und [mit dem man] [...] nichts zu tun hat. Grundsätzlich möchte man mit der hohen Ebene unter dem Sammelbegriff der Politik an sich nichts zu tun haben. Deshalb sieht man auch nur wenige Möglichkeiten und ist kaum motiviert, Politik als Ganzes zu beeinflussen und sich zu engagieren.« (Klatt und Walter 2014: 139)

In der Folge besteht in vielen Lebenswelten eine starke Kluft zu öffentlichem politischem (Aus-)Handeln. Der Übergang »von der Logik der Alltagsmoral zur Logik des politischen Felds« (Geiling et al. 2011: 19) erweist sich als blockiert. Je weiter entfernt von der Alltagserfahrung politische Fragen sind, je abstrakter sie formuliert werden und umso stärker sie »eine von genuin politischen Prinzipien ausgehende Antwort [verlangen]« (Bourdieu 1987: 625), umso sozial selektiver erweist sich das politische Interesse in Bezug auf die jeweilige Frage (ebd.: 624-625). Alltagsprobleme erscheinen als relevanter als das, was als Politik gilt – und mit dem eigenen Alltag nur wenig zu tun zu haben scheint (Amnå und Ekman 2014). Politische Teilhabe wird nicht als Möglichkeit erlebt, den eigenen Alltag zu beeinflussen – und erscheint daher bedeutungslos (Finifter 1970: 390). Je weniger wahrscheinlich Erfolge sind, umso weniger lohnend wirkt politisches Engagement. Gleichzeitig ist der unmittelbare »instrumentelle Nutzen des eigenen Engagements« (Voigtländer 2015: 30) umso relevanter, je weniger Ressourcen für die Bewältigung des eigenen Alltags zur Verfügung stehen. Betroffene erfahren sich »oft [als] machtlos und außerstande, auf die Entscheidungen, die sich auf ihr tägliches Leben auswirken, Einfluss zu nehmen« (Engels 2004: 4-5). Prekäre Lebensumstände begünstigen daher politische Immobilisierung (Eberle und Holliday 2011: 390). Das Gefühl, politisch einflusslos zu sein, bedingt einen Rückzug ins Private (Candeias 2011: 10). Mangelnde »Alternativen, fehlende Erfahrungen oder erfolglose Kämpfe und geübte Anpassungspraxen halten den passiven Konsens« (ebd.: 9-10). Betroffene gewöhnen sich daran, »wenig zu erwarten« (Klatt und Walter 2014: 16).

Die Subjekte des *demos* sind »differentiell positioniert, abhängig von Klasse, Geschlecht, Ethnizität, Behinderung oder Nicht-Behinderung sowie ihrem Aufenthaltsstatus« (Erel 2003: 110). Kommt es zu »Auseinandersetzungen, in denen sozial marginalisierte Milieus und Menschen mit Rassismus- und weiteren Diskriminierungs- und Ausschlusserfahrungen aktiv sind[,] [...] finden [sie] meist weniger Gehör, mediale Präsentation oder gar politische Repräsentation« (Lösch 2013: 107). Die Betroffenen machen häufig die Erfahrung, in der politischen Öff-

fentlichkeit »eher belächelt und toleriert, statt ernst genommen und akzeptiert zu werden« (Voigtländer 2015: 236). Ihre »eigene Stimme und ihre eigenen Anliegen finden kein Gehör in den üblichen und etablierten Orten der Repräsentation. Ihnen fehlt das Instrumentarium (die Begrifflichkeiten, die Handhabung etc.) und der Zugang zur Politik« (Lösch 2013: 113). Ihre Interessen und Bedürfnisse werden dadurch in öffentlichen Aushandlungsprozessen unsichtbar (Ottersbach 2015: 295; Dutta und Pal 2010: 364).

Eigene Erfahrungen mit Misserfolgen bei der öffentlichen Artikulation von Interessen, ebenso wie jene des näheren Umfelds, beeinflussen die Bereitschaft zur Beteiligung an deliberativen Aushandlungsprozessen negativ (Finifter 1970: 405):

»Nicht Protest und Engagement, sondern Resignation und Apathie gehen mit prekären Lebenslagen einher, wenn diese dem individualisierten Zeitgeist entsprechend als Schicksalsschläge persönlich verantwortet werden und immer weniger einer gesellschaftlichen und politischen Gestaltung zugänglich erscheinen.« (Böhnke 2011: 21)

Die Motivation, sich aktiv politisch einzubringen, erodiert (Zimmermann und Boeckh 2018: 798).

Politische Gleichheit wird in der Folge nicht nur dadurch eingeschränkt, dass artikulierte Forderungen ungleich repräsentiert werden, sondern bereits dadurch verhindert, dass nur bestimmte individuelle Bedürfnisse überhaupt als kollektive Forderungen sichtbar werden (Bödeker 2012: 24).¹⁰ Die eigene Niederlage scheint – je nach sozialer Position in der Gesellschaft – bereits vor der Konfliktaushandlung ausgemacht zu sein. Marginalisierte Bevölkerungsgruppen fühlen sich im Alltag auf sich allein gestellt – auch wenn sich andere Betroffene ebenfalls in der gleichen Situation befinden (Huke 2020b). Gegenöffentlichkeiten, in denen individuelle Erfahrungen kollektiviert und darüber als politische Probleme formuliert werden können, sind teilweise kaum vorhanden (Sauer 2011a: 36; Fraser 1990: 67; Huke 2016). Vertrauen in gemeinsames politisches Handeln mit dem sozialen Umfeld kann dadurch nur begrenzt aufgebaut werden (Finifter 1970: 404). Marginalisierte und von Ungleichheit betroffene Gruppen tendieren vor diesem Hintergrund dazu, Forderungen präventiv zurückzunehmen, so dass sie gar nicht erst Eingang in deliberative Aushandlungsprozesse finden (Mead 2004: 671): »Die weniger Begünstigten hören also zunehmend auf, ihre Stimme im politischen Prozess verlauten zu

10 Ihre begrenzte oder fehlende Partizipation an politischer Deliberation in der Zivilgesellschaft heißt dabei nicht, dass sich Marginalisierte und von Ungleichheit betroffene Menschen nicht politisch verhalten. Eigensinnige, aber nicht politisch artikulierte Alltagspraktiken entwickeln teilweise eine transformative Wirkungsmacht, die jedoch nur begrenzt in öffentlichen Diskursen sichtbar wird (Bayat 2010; Huke 2019c; Naicker und Bruchhausen 2016: 394).

lassen« (Elsässer 2018: 14). Menz und Nies (2019) verweisen exemplarisch darauf, dass sich bei Beschäftigten zunehmend eine geringere Erwartungshaltung in Bezug auf sozialpolitische Forderungen beobachten lässt, da diese als ohnehin nicht realisierbar eingeschätzt werden. Alltägliche Probleme werden in der Folge nicht mehr politisch artikuliert, sondern »eher individualistisch bearbeitet oder gar fatalistisch akzeptiert oder verdrängt« (Menz et al. 2013: 32).

Nicht nur demokratische Repräsentation, sondern bereits zivilgesellschaftliche politische Interessenartikulation und – noch einmal verstärkt – Deliberation erweist sich als sozial selektiv:

»Insofern nämlich die Interessen und Bedürfnisse der sogenannten bildungsfernen Schichten in den politischen Prozess nur noch unzureichend eingespeist werden, es auf deren Stimme kaum noch ankommt, erfolgt eine Verengung der politischen Willensbildung. Das Paradoxe an der gegenwärtigen Situation besteht darin, dass zwar auf der einen Seite durchaus eine lebendige demokratische Praxis zu beobachten ist, die nicht zuletzt in unkonventionellen Formen der Beteiligung zum Vorschein kommt. Auf der anderen Seite jedoch besitzt die soziale Basis dieser neuen Demokratie tendenziell oligarchische Züge, mit der Konsequenz eines Nachlassens egalitärer Politikinhalte.« (Jörke 2011: 17)

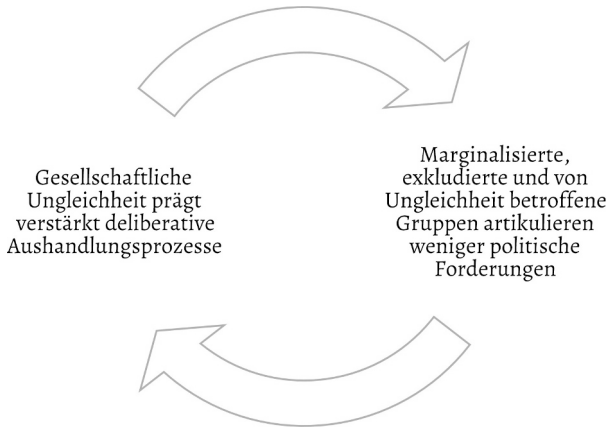
»Lobbyismus und eine zunehmende Machtkonzentration bei kapitalkräftigen Meinungsmachern« (Böhnke 2011: 20) erschweren zusätzlich eine egalitäre Deliberation:

»Die öffentliche Meinungs- und Willensbildung als ein wesentlicher Mechanismus der Demokratie ist hochgradig vermachet. In den öffentlichen Diskussionen in Zeitungen, Rundfunk oder Fernsehen kommen kritische Informationen oder Meinungen, politische Positionen, die grundsätzliche Alternativen markieren sowie die Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht zur Geltung.« (Demirović 2013: 202)

Ohnmachtserfahrungen unterminieren den Anspruch deliberativer Ansätze, eine gleichberechtigte demokratische Teilhabe durch zivilgesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu ermöglichen. Die Öffentlichkeit weist eine manifeste *diskursive Selektivität* auf. Deliberation wird permanent durch Ungleichheitsverhältnisse unterlaufen. Was sagbar ist und was nicht ist immer auch eine Frage gesellschaftlich wirksamer Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Bestimmten Personengruppen – z.B. staatlich konstruierten »Anderen« – wird auch in öffentlichen Aushandlungsprozessen jenseits des Staates eine Teilhabe weitgehend verwehrt, sie werden weder »gehört« noch einbezogen.

Diskursive Selektivität (re-)produziert sich durch zwei Mechanismen: Vermachtete Sagbarkeitsfelder, die den Raum legitimer politischer Äußerungen einschränken sowie Zugangsbarrieren, die sozial ausschließend wirken. In der

Grafik 4: Teufelskreis aus ungleicher öffentlicher Repräsentation und Desartikulation



Quelle: Eigene Darstellung

Folge finden sich Marginalisierte in einer sich wechselseitig verstärkenden Dynamik aus fehlender öffentlicher Sichtbarkeit, politischen Frustrationserfahrungen und der Rücknahme politischer Forderungen wieder. Ob und in welchem Ausmaß politische Präferenzen formiert werden, hängt ab von der sozialen Lage. Das demokratische Versprechen politischer Gleichheit durch öffentliche Deliberation wird dadurch kontinuierlich unterlaufen. Die Zivilgesellschaft erweist sich als sozial selektiv und tendenziell elitär, während denjenigen, die negativ von Ungleichheit betroffen sind, Artikulationskanäle fehlen. Die öffentliche Willensbildung ist stark vermachtet, politische Aushandlungsprozesse werden von wenigen ressourcenstarken Akteur*innen dominiert. Alltägliche Erfahrungen finden in der Folge nur selektiv einen Weg in die politische Öffentlichkeit. Zwischen Ohnmacht und diskursiver Selektivität entsteht ein Teufelskreis: Je stärker gesellschaftliche Ungleichheit öffentliche Aushandlungsprozesse durchzieht, umso eher verzichten diejenigen, die kaum sichtbar werden und Gehör finden, auf eine politische Artikulation ihrer alltäglichen Erfahrungen. Je weniger sie jedoch Forderungen artikulieren, um so selektiver werden öffentliche Aushandlungsprozesse und umso stärker reproduziert vermeintlich politische gleichberechtigte Deliberation gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse.